

Anhörung der deutsch-französischen Arbeitsgruppe im Deutschen Bundestag zur Überarbeitung des Élysée-Vertrags von 1963

17. Mai 2018 in Berlin

Jan Stern | DGB Bundesvorstand | Abteilung Internationale und Europäische Gewerkschaftspolitik
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin | jan.stern@dgb.de | Tel.: 030 240 60 530

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind besonders. Sie stellen eine privilegierte Sonderbeziehung dar, die historisch, politisch, wirtschaftlich, zivilgesellschaftlich und kulturell einzigartig ist. Durch ihren langfristig-strategischen Ansatz ist sie maßgeblicher „Motor“ für die europäische Integration.

Die Institutionalisierung der deutsch-französischen bilateralen Beziehungen durch den Élysée-Vertrag von 1963 war ein Zeichen der Aussöhnung, das nach dem zweiten Weltkrieg nicht vorstellbar war und bereitete den Weg für die weitere Annäherung im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses. Nun, 55 Jahre später, wird ein neuer Élysée-Vertrag verhandelt, der als erneuerter Orientierungspunkt deutsch-französischer Kooperation fungieren und eine neue Dynamik für eine bessere Integration der Europäischen Union entfachen soll.

Die Gewerkschaften in Deutschland und Frankreich unterhalten sehr intensive und vielfältige Beziehungen auf allen Ebenen: von der interregionalen über die nationale bis hin zur europäischen Ebene; in Form von Jugendaustausch, bilateralen Projekten und der fachlichen Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Gremien. Somit sind die Gewerkschaften wesentlicher Bestandteil und Antreiber der Annäherung unserer beider Länder und ihrer Zivilgesellschaften.

Angesichts vielfältiger globaler Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel und Digitalisierung sollten aus Sicht des DGB die deutsch-französischen Beziehungen weiter intensiviert und gestärkt werden. Ein neuer Élysée-Vertrag muss deswegen zwei neue Kapitel beinhalten. Ein Kapitel mit einem Bekenntnis des deutsch-französischen Tandems zur europäischen Integration und zur Zukunft der EU, ein weiteres Kapitel zur deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich Beschäftigung und Soziales.

Die deutsch-französische Freundschaft muss die treibende Kraft für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenhalt in Europa sein

Die Europäische Union befindet sich seit vielen Jahren in einer Vertrauenskrise. Der bevorstehende Austritt Großbritanniens markiert eine tiefe Zäsur in der bisherigen Ge-

schichte des europäischen Einigungsprojektes. Hinzu kommen die halbherzigen Antworten der EU und der Eurogruppe auf die Folgen der internationalen Finanzmarktkrise. Ihre rigide Spar- und Kürzungspolitik, das Erzwingen vermeintlicher Strukturreformen und die Webfehler der Wirtschafts- und Währungsunion untergraben das europäische Sozialmodell. Wenn Europa sein Versprechen auf Demokratie, Freiheit, Wohlstand und Solidarität für alle nicht einlöst, werden sich immer mehr Menschen von der EU abwenden.

Deutschland und Frankreich haben vor diesem Hintergrund eine besondere Verantwortung als treibende Kraft für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenhalt in Europa. Unsere beiden Länder sind nicht nur maßgebliche Gestalter des europäischen Einigungsprozesses, sondern profitieren ebenso in besonderem Maße von der EU. Der DGB fordert, dass ein neuer Élysée-Vertrag Antworten für die Zukunft der EU und deren Architektur gibt und damit zur Solidarität und Aufwärtskonvergenz in Europa beiträgt.

Eine unvollendete Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion wird die Spaltung und Spannungen innerhalb der Eurozone nur vergrößern. Deutschland und Frankreich sollten sich zur Stärkung der Europäischen Währungsunion für die Vollendung der Bankenunion, mehr Investitionen, einen Europäischen Währungsfonds, eine Stärkung der sozialen Dimension im Europäischen Semester sowie für eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Eurozonen-Governance einsetzen.

Als zweite Seite derselben Medaille fordert der DGB eine Stärkung der Sozialagenda und des europäischen Sozialmodells. Nach der Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte muss diese nun umgesetzt und mit Leben gefüllt werden. Deutschland und Frankreich sollten sich dabei als hochentwickelte Sozialstaaten für eine soziale Aufwärtskonvergenz auf europäischer Ebene einsetzen: Dazu gehört vor allem die Einführung von harmonisierten EU-Mindeststandards, basierend auf dem Grundsatz des „gold plating“: Wer mehr will, darf und soll mehr. Prinzipiell muss bei der Gestaltung des sozialen Europas das Regressionsverbot beachtet werden, d.h. der bestehende soziale *acquis communautaire* darf niemals unterschritten werden.

Deutschland und Frankreich sollten die Einrichtung der vorgeschlagenen Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) aktiv unterstützen und die Einbeziehung der Sozialpartner fördern, als einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung grenzüberschreitenden Lohn- und Sozialdumpings und zur Förderung von fairer Mobilität. Dazu leisten auch die EURES Grenzpartnerschaften einen wichtigen Beitrag.

Bilaterale Zusammenarbeit im Bereich Beschäftigung und Soziales

Die besonderen bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich müssen auch künftig gelebt und ausgebaut werden. Dazu gehört, dass die bilateralen Institutionen wie der Ministerrat und die Treffen der Fachminister konkrete Mehrwerte produzieren und über den symbolischen Charakter hinausgehen. Im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gilt es, die systematische Beteiligung der deutschen und französischen Sozialpartner anlässlich der Treffen der Arbeits- und Sozialminister aus Deutschland und Frankreich zu stärken und zu verstetigen. Der DGB fordert eine gemeinsame Arbeitsplanung der relevanten Ministerien und der Sozialpartner beider Länder und eine Übereinkunft über prioritäre Themenbereiche, sodass aus den bilateralen Beziehungen konkrete Initiativen und Projekte für die EU und für die bilaterale Zusammenarbeit entstehen.

Ein neuer Élysée-Vertrag sollte die grenzüberschreitende Mobilität nach Kräften fördern, u.a. durch erhöhte Anstrengungen im Bereich der Berufsausbildung („Erasmus professionnel“), der umfassenden gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen im Sekundär- und Tertiärbereich und der vereinfachten Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der Sozialversicherungen (nicht nur der Renten- und Arbeitslosenversicherungen, sondern auch bei der GKV).

Im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind für die Gewerkschaften die Interregionalen Gewerkschaftsräte (IGR) ein wichtiges Instrument für die nachhaltige Integration der Grenzräume unter fairen Bedingungen. Mit ihnen können ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte durchgesetzt werden. Sie setzen sich für die Stärkung von Guter Arbeit und Mitbestimmung, die Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung sowie den Schutz mobiler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt ist eine systematische Gesetzesfolgenabschätzung anzustreben unter Einbindung der Sozialpartner.

Der DGB erwartet, dass das im EU-Vertrag festgeschriebene Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in den Verhandlungen für einen neuen Élysée-Vertrag berücksichtigt wird. Digitalisierung und Industrie 4.0 dürfen nicht zu einer Zunahme des Gefälles zwischen Regionen führen. Das erfordert die verbindliche Beteiligung der Sozialpartner an allen Förderprogrammen auf europäischer, nationaler, interregionaler und regionaler Ebene. Zur Förderung von Guter Arbeit und zur Bekämpfung von prekärer Beschäftigung fordert der DGB einen Ausbau und Stärkung von Beratungsstrukturen für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Grenzgänger.

Audition au Bundestag allemand devant le groupe de travail franco-allemand sur la révision du Traité de l'Élysée de 1963

17 mai 2018, Berlin.

Jan Stern | Bureau fédéral du DGB | Division Politique syndicale internationale et européenne
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin | jan.stern@dgb.de | Tél. : +49 (0)30 240 60 530

Les liens entre l'Allemagne et la France sont singuliers. Ils constituent une relation particulière privilégiée, unique en son genre sur les plans historique, politique, économique, de la société civile et culturel. Par son approche stratégique de long terme, cette relation est un « moteur » déterminant de l'intégration européenne.

L'institutionnalisation des relations bilatérales franco-allemandes par le Traité de l'Élysée de 1963 fut un signe de réconciliation qui n'était pas imaginable au sortir de la Deuxième Guerre mondiale, et qui préparait la voie du rapprochement ultérieur dans le cadre du processus d'intégration européen. Cinquante-cinq ans plus tard, un nouveau Traité de l'Élysée est aujourd'hui en négociation, qui doit devenir le nouveau repère de la coopération franco-allemande et insuffler une nouvelle dynamique pour une meilleure intégration de l'Union européenne.

Les syndicats allemands et français entretiennent des relations très intenses et multiples, à tous les niveaux, interrégional, national, européen, et ce, à travers des échanges entre jeunes, des projets bilatéraux et une coopération technique au sein des organes les plus variés. Les syndicats sont donc un élément essentiel et un moteur du rapprochement de nos deux pays et de leurs sociétés civiles.

Face aux multiples défis planétaires comme la mondialisation, le changement climatique et la transformation numérique, les relations franco-allemandes devraient, selon le point de vue du DGB, être encore intensifiées et renforcées. Un nouveau Traité de l'Élysée doit dès lors contenir deux nouveaux chapitres. L'un de ces chapitres doit reconnaître le rôle du tandem franco-allemand pour l'intégration européenne et pour le futur de l'Union européenne (UE), l'autre doit être consacré à la coopération franco-allemande dans le domaine de l'emploi et des affaires sociales.

L'amitié franco-allemande doit être la force motrice de la cohésion économique, sociale et culturelle en Europe

L'Union européenne traverse une crise de confiance depuis de nombreuses années. La sortie prochaine du Royaume-Uni marque une césure profonde dans l'histoire du projet d'unification européen. À cela s'ajoutent les réponses frileuses de l'UE et de l'Eurogroupe aux conséquences de la crise internationale des marchés financiers. Leur politique rigide d'économies et de réductions budgétaires, les prétendues réformes structurelles imposées à marche forcée et les défauts de conception de l'Union économique et monétaire minent le modèle social européen. Si l'Europe n'honore pas ses promesses de démocratie, de liberté, de prospérité et de solidarité pour tous, de plus en plus de personnes se détourneront de l'UE.

Dans ce contexte, l'Allemagne et la France ont une responsabilité particulière en tant que force motrice pour la cohésion économique, sociale et culturelle en Europe. Nos deux pays ne sont pas seulement des concepteurs déterminants du processus d'unification européenne, ils profitent également, dans une proportion considérable, de l'UE. Le DGB demande qu'un nouveau Traité de l'Élysée apporte des réponses pour le futur de l'UE et de son architecture, et qu'il contribue ainsi à la solidarité et à la convergence vers le haut en Europe.

Une architecture incomplète de l'Union économique et monétaire ne fera qu'agrandir la division et les tensions au sein de la zone euro. L'Allemagne et la France devraient s'engager, en vue du renforcement de l'Union monétaire européenne, pour l'achèvement de l'Union bancaire, pour plus d'investissements, pour un Fonds monétaire européen, pour un renforcement de la dimension sociale dans le cadre du Semestre européen ainsi que pour un contrôle parlementaire renforcé de la gouvernance de la zone euro.

Le DGB réclame aussi un renforcement de l'agenda social et du modèle social européen, qui sont l'autre face de la même médaille. Après que le Socle européen des droits sociaux a été proclamé, il convient à présent de le mettre en œuvre et de l'animer. En tant qu'États sociaux hautement développés, l'Allemagne et la France devraient s'investir pour une convergence vers le haut à l'échelon européen ; cela nécessite avant tout l'introduction de normes minimales harmonisées dans l'UE, basée sur le principe du « gold plating » : ceux qui veulent plus de normes doivent pouvoir les appliquer. Lors de l'élaboration de l'Europe sociale, l'interdiction de régression doit fondamentalement être observée, autrement dit, l'*acquis communautaire* social ne doit jamais être remis en question.

L'Allemagne et la France devraient soutenir activement la création proposée de l'Autorité européenne du travail (AET) et encourager la participation des partenaires sociaux : cela constituerait une étape importante dans la lutte contre le dumping salarial et social transfrontalier et la promotion d'une mobilité équitable. Les partenariats transfrontaliers EURES apportent une importante contribution à cet égard.

Coopération bilatérale dans le domaine de l'emploi et des affaires sociales

Les relations bilatérales particulières entre l'Allemagne et la France doivent être actives et amplifiées également à l'avenir. Cela implique que les institutions bilatérales telles

que le conseil des ministres franco-allemand et les rencontres entre ministres en charge des mêmes compétences produisent une valeur ajoutée concrète et ne s'arrêtent pas aux mesures symboliques. Dans le domaine de la politique du marché du travail et de la politique sociale, il s'agit de renforcer et de pérenniser la participation systématique des partenaires sociaux allemands et français lors des réunions des ministres du Travail et des Affaires sociales d'Allemagne et de France. Le DGB réclame une planification conjointe du travail des ministères concernés et des partenaires sociaux des deux pays, ainsi qu'un accord sur les thématiques prioritaires, de sorte que les relations bilatérales puissent produire des initiatives et des projets concrets pour l'UE et pour la coopération bilatérale.

Un nouveau Traité de l'Élysée devrait s'efforcer de promouvoir la mobilité transfrontalière, notamment par des efforts accrus dans le domaine de la formation professionnelle (« Erasmus professionnel »), de la reconnaissance mutuelle des qualifications dans les secteurs secondaire et tertiaire et de la simplification de la coopération entre les institutions de la prévoyance sociale (concernant non seulement l'assurance retraite et l'assurance chômage, mais aussi l'assurance maladie obligatoire).

En matière de coopération transfrontalière, les Conseils syndicaux interrégionaux (CSI) constituent aux yeux des syndicats un instrument important d'intégration durable des espaces frontaliers selon des conditions équitables. Ils permettent de faire valoir les droits des travailleurs et des syndicats. Ils sont engagés pour le renforcement du travail de qualité et de la participation, pour la lutte contre la discrimination et l'exclusion et pour la protection des travailleurs mobiles. Pour le marché du travail transfrontalier, il faut soutenir une évaluation systématique de l'impact des lois incluant les partenaires sociaux.

Le DGB attend que l'objectif, inscrit dans le traité UE, de la cohésion économique, sociale et territoriale soit pris en compte dans les négociations pour un nouveau Traité de l'Élysée. Le passage au numérique et l'industrie 4.0 ne sauraient conduire à un accroissement des disparités entre régions. Cela requiert la participation obligatoire des partenaires sociaux à tous les programmes d'aide aux niveaux européen, national, interrégional et régional. Pour promouvoir le travail de qualité et pour lutter contre le travail précaire, le DGB réclame une extension et un renforcement des structures de conseil pour les travailleurs mobiles et transfrontaliers.